

Neue SÜDWIND-Studie zur Rolle der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017

Pressemitteilung

Bonn, 03.07.2017: Kakaobauern und Kakaobäuerinnen in Westafrika, die von dem Erlös ihres angebauten Kakaos nicht leben können, Waldrodungen für Palmölplantagen in Indonesien oder unmenschliche Arbeitsbedingungen auf den Bananenplantagen in Lateinamerika – zahlreiche Beispiele belegen, welche negative Auswirkungen das Streben der Privatwirtschaft nach andauernder Profitsteigerung verursachen kann. Gleichzeitig wirbt die Bundesregierung für mehr Investitionen von Privatbanken und Unternehmen aus Deutschland in arme Entwicklungsländer. Ein solches Engagement muss aber menschenrechtlichen und ökologischen Standards genügen, wie sie auch in Deutschland gelten. Mit der heute erschienenen Studie „Profit mit Nachhaltigkeit?“ weist SÜDWIND auf die Chancen und Risiken einer Kooperation mit der Privatwirtschaft zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) der Agenda 2030 hin.

Es könne nicht sein, dass europäische oder internationale Konzerne in Afrika Standards missachten, die weltweit Gültigkeit haben, beteuerte der deutsche Entwicklungshilfeminister Müller bei einem Treffen mit afrikanischen Partnern drei Wochen vor dem G20-Gipfel in Berlin. Das sagte er vor dem Hintergrund, dass Investitionen von Konzernen und Unternehmen in Entwicklungsländern von der öffentlichen Hand immer mehr gefördert werden. Offen bleibt aber, wie unter der Zielsetzung von Profit- und Umsatzsteigerung garantiert werden kann, dass auch die ärmere Bevölkerung von Kooperationen zwischen Privatwirtschaft und

Entwicklungszusammenarbeit profitiert. „Ein stärkeres Engagement des Privatsektors ist angesichts der knappen Ressourcen für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit wichtig und notwendig“ meint auch Dr. Pedro Morazán, Verfasser der Studie. „Die Entwicklungspolitik sollte allerdings dieses Engagement nicht um jeden Preis erkaufen. Die Förderung von Privatinvestitionen darf nicht auf Kosten sozialer und ökologischer Zielsetzungen stattfinden.“

Der Privatsektor ist einer der Gewinner neoliberaler Globalisierung. Daraus erwächst eine strukturelle Verantwortung. Gerade in einer Zeit, in der globale Krisen Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern verschärfen und die Kluft zwischen Arm und Reich auch in wohlhabenderen Ländern steigt, muss die Politik als regulierende Kraft gestärkt werden. Daher nimmt die SÜDWIND-Studie bestehende Instrumente kritisch unter die Lupe und formuliert Empfehlungen, wie die Privatwirtschaft eine konstruktive Rolle bei der Erreichung der SDG spielen kann. Die Studie untersucht zunächst, wie groß der Bedarf an zusätzlichen Finanzressourcen ist und welche SDG für eine privatwirtschaftliche Beteiligung von besonderer Relevanz sind. Darüber hinaus sollen aber auch Entwicklungspotenziale in den armen Ländern selbst identifiziert werden. Um diese zu stärken braucht es oft andere Rezepte als allein die Mobilisierung ausländischen Kapitals für Investitionen in den Entwicklungsländern.

Die Studie wurde von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert. Sie steht hier zum Download bereit und kann hier oder über info@suedwind-institut.de bestellt werden.

Kontakt:

Dr. Pedro Morazán

Telefon: 0228- 763698-12

E-Mail: morazan@suedwind-institut.de

Mit freundlichen Grüßen

Vera Schumacher

Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising /
Public Relations and Fundraising
SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-14

E-Mail: schumacher@suedwind-institut.de

Website: www.suedwind-institut.de

Umweltfußabdruck für Lebensmittel muss auf Leistungen der Bio Branche aufbauen – Bio-Branche diskutiert Auswirkungen von geplanten EU-Umweltstandards auf Fachtagung

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017

Berlin, 20. Juni 2017. Bis spätestens 2020 sollen europaweit einheitliche Kennzeichnungen Auskunft über die Umweltverträglichkeit von Lebensmitteln geben. UnternehmensGrün, der Bundesverband der grünen Wirtschaft, und die Assoziation ökologische Lebensmittelhersteller (AöL) begrüßen einerseits die Pläne der Europäischen Kommission,

sehen jedoch andererseits noch erheblichen Verbesserungsbedarf: „Wichtige Kriterien, wie etwa der Erhalt der Biodiversität oder der Aufbau von Humus in der Landwirtschaft, werden hier nicht genügend berücksichtigt“, so Katharina Reuter, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün.

„Grundsätzlich begrüßen wir, dass die Europäische Kommission mit einer transparenten Kennzeichnung einen EU-weiten Markt für grüne Produkte schaffen möchte“, so Alexander Beck, Geschäftsführender Vorstand der AÖL. Aber: „Die EU verfehlt ihr Ziel, wenn es nicht gelingt, die Umweltleistungen der ökologischen Produktion in den geplanten EU-Standards abzubilden. Ziel muss sein, die ökologischen Standards im PEF System zu verankern.“ Nur so können zukunftsweisende Umweltaussage auf Lebensmittel garantiert werden, die den Erwartungen der Verbraucher_innen entsprechen. Die Bürger_innen Europas haben in den letzten Jahrzehnten ein tiefes Vertrauen in Biolebensmittel und deren Leistungen gewonnen.

„An der Entwicklung der Beurteilungskriterien sind vor allem große Industrieunternehmen beteiligt“, kritisiert Reuter, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün. „Als Folge davon ist die Bewertung bisher vor allem auf Effizienzparameter konzentriert, bei der große Unternehmen Vorteile haben. Engagierte Bio-Betriebe, die für mehr Biodiversität auf dem Acker und mehr Tierwohl sorgen, was nicht im PEF abgebildet wird, geraten dabei ins Hintertreffen“, befürchtet Reuter.

Die Diskussion mit Staatssekretär Jochen Flasbarth (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), Hugo Schally (EU-Kommission Generaldirektion Umwelt) und rund 70 Unternehmen zeigte, dass noch viele Fragen offen sind. Reuter fordert für den weiteren Prozess: „Kleine und mittelständische Bio-Unternehmen, mit regionalem Bezug zu Natur und Mensch, dürfen nicht benachteiligt werden.“

Hintergrund: Derzeit bestehen in jedem EU-Staat unterschiedliche Vorgaben zur Kennzeichnung von Umweltprodukten. Seit 2010 plant die EU daher, einen Binnenmarkt für grüne Produkte zu etablieren. Die einheitliche Beurteilung von Produkten und Institutionen durch den „Product-Environmental Footprint“ (PEF) und „Organisation-Environmental Footprint“ (OEF) soll mehr Transparenz für Verbraucher_innen schaffen. Ende 2016 wurden dazu die ersten Pilotprojekte abgeschlossen, die derzeit von der EU evaluiert werden. Über die Auswirkungen der EU-Initiative diskutierte heute die Bio-Branche auf der Fachtagung „Schaden die geplanten EU-Umweltstandards der Bio-Branche?“ in Berlin.

Kontakt:

Dr. Katharina Reuter

UnternehmensGrün e.V.

Unterbaumstr. 4 | 10117 Berlin | 0178- 4481991

reuter@unternehmensgruen.de | www.unternehmensgruen.de

Anne Baumann

Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller e.V.

Untere Badersgasse 8 | 97769 Bad Brückenau | Tel: 09741- 938 733 – 0

anne.baumann@aoel.org | www.aoel.org

UnternehmensGrün e.V. ist die politische Stimme der nachhaltigen Unternehmen und setzt sich seit 25 Jahren ideell und branchenübergreifend im Namen seiner über 220 Mitgliedsunternehmen für eine nachhaltige Umwelt- und Wirtschaftspolitik ein. Mit dem europäischen Dachverband Ecopreneur.eu werden die Interessen nachhaltiger Unternehmen auch in Brüssel vertreten. Neben den politischen Fragen profitieren die Mitgliedsunternehmen vom Austausch, dem gegenseitigen Lernen und den Synergien, die sich aus der branchenunabhängigen Sichtweise ergeben. Der Verein ist parteipolitisch und finanziell unabhängig und als gemeinnützig anerkannt.

Die **Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller e.V. (AöL)** setzt sich als Verband von über 100 Öko-Lebensmittelherstellern seit dem Jahr 2002 für die Weiterentwicklung des europäischen Rechts, insbesondere des Biorechts, unter Qualitäts-, Transparenz- und Umweltgesichtspunkten, die Förderung des Wertebewusstseins für Lebensmittel und die Prozessqualität ökologischer Lebensmittel ein. Im Zentrum der Verbandsarbeit stehen die politische Interessensvertretung auf nationaler und europäischer Ebene sowie die Förderung des Austauschs und der Kooperation der Mitglieder.

Mission nicht erfüllt: Die EU braucht einen anderen Ansatz in der Flüchtlingspolitik

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017
[Presse-Info]

Der Europäische Rat prüft die Umsetzung des EU-Partnerschaftsrahmens mit Drittländern, Oxfam fordert Umdenken

Berlin, 21. Juni 2017. Vor einem Jahr hat die Europäische Kommission ihren „Partnerschaftsrahmen für die Zusammenarbeit mit Drittländern im Kontext der Europäischen Migrationsagenda“ verabschiedet. Mit diesem neuen Ansatz ist es jedoch nicht gelungen, sichere und reguläre Migrationswege nach Europa zu ermöglichen. Auch hat die EU damit keine langfristige Lösung gefunden, um die Lebensbedingungen von Menschen auf der Flucht zu verbessern. Das kritisiert die internationale Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam.

Am 22. und 23. Juni prüft der Europäische Rat die Umsetzung des EU-Partnerschaftsrahmens mit Drittländern. Doch die europäischen Staats- und Regierungschefs, die sich dazu in Brüssel treffen, unterstützen eine Migrationspolitik, die den Interessen und der Entwicklung afrikanischer Länder direkt zuwiderläuft. Dem europäischen Migrationsansatz liegt keine Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen den beiden Kontinenten Afrika und Europa zugrunde. Zudem bietet er keine nachhaltigen Lösungen für sichere und reguläre Mobilität innerhalb Afrikas, die eine wesentliche Voraussetzung für regionale Entwicklung ist. Stattdessen weicht der bisherige Ansatz der EU die Rechte von Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, weiter auf.

Natalie Alonso, Leiterin des Brüsseler Oxfam-Büros: „Die EU sagt, dass sie die Anreize für irreguläre Migration vermindern, sichere Zugangswege schaffen und die Lebensbedingungen in den Ursprungsländern verbessern will. Der aktuelle Ansatz droht jedoch, die Widerstandsfähigkeit und Autonomie von Ländern zu untergraben, die ohnehin schon fragil sind. Gleichzeitig werden diese Länder immer mehr von Hilfgeldern abhängig. Die EU braucht daher einen anderen Ansatz.“

Afrikanische Länder sind daran interessiert, die Voraussetzungen für die Integration von Flüchtlingen zu verbessern, dafür brauchen sie auf lokaler Ebene mehr Einkommensmöglichkeiten. Eine konstruktive EU-Politik, die daran ausgerichtet wäre, die Lebenssituation von Flüchtlingen und Migranten zu verbessern, würde solche Spielräume aufgreifen und nutzen. Dagegen basiert der bisherige Ansatz der EU auf einer Abschreckungsstrategie, die Flüchtlinge und Migranten dazu zwingt, auf immer gefährlichere Routen auszuweichen.

Apollos Nwafor, Oxfams Afrika-Direktor, appelliert an Europa: „Während viele afrikanische Länder eine große Zahl an Menschen aufnehmen, ist es ausgerechnet das reiche Europa, das seiner

Verantwortung gegenüber Flüchtlingen und anderen Migranten bei Weitem nicht gerecht wird. Einige afrikanische Länder nehmen sich dieses schlechte Beispiel nun zum Vorbild. Das ist fatal. Was wir brauchen, ist ein globaler Ansatz, bei dem jeder seinen gerechten Beitrag leistet. Wir dürfen nicht in eine Abwärtsspirale geraten, bei der am Ende niemand mehr bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.“

Hintergrund:

- Oxfam und andere NGOs haben ein gemeinsames Papier zur Migrationsdebatte erarbeitet, das eine Reihe von Empfehlungen für das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in dieser Woche enthält. Es konzentriert sich in erster Linie auf die Frage, wie angesichts einer immer stärkeren Integration von Migrations- und Außenpolitik in der Europäischen Union grundlegende Menschenrechte gewahrt werden können. Sie finden es hier. Bitte beachten Sie auch hier die Sperrfrist.
- Der „Partnerschaftsrahmen für die Zusammenarbeit mit Drittländern im Kontext der Europäischen Migrationsagenda“ vom Juni 2016 war ein ambitionierter Versuch, die geballte Verhandlungsmacht der EU ins Spiel zu bringen, um mit afrikanischen Ländern zu verhandeln. Bereits damals hatten über 100 Nichtregierungsorganisationen, darunter auch Oxfam, davor gewarnt, dass der Partnerschaftsrahmen einer Konditionierung der Entwicklungshilfe Vorschub leiste und sie gleichzeitig bestimmten politische Zielen unterordne, was nicht im Einklang mit grundlegenden Prinzipien der internationalen Entwicklungszusammenarbeit steht.
- Oxfam fordert einen anderen Politikansatz, bei dem die Bedürfnisse von Menschen auf der Flucht im Vordergrund stehen und ebenso die spezifischen Gründe für Flucht und Migration stärkere Berücksichtigung finden. Denn ein

Politikansatz, von dem beide Kontinente profitieren, ist grundsätzlich möglich.

Pressekontakt:

Annika Zieske, Tel.: 030-45 30 69 715, E-Mail: azieske@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

**foodwatch-Report deckt
schwere Hygienemängel in
Großbäckereien auf –
Verbraucher wurden nicht
informiert – foodwatch
fordert: Bundesländer müssen**

Kontrollergebnisse veröffentlichen

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017

Pressemitteilung:

- Teils ekelerregende Hygienezustände in mehreren bayerischen Großbäckereien
- Behörden wussten Bescheid, informierten aber nicht die Öffentlichkeit
- foodwatch fordert Veröffentlichung aller Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Berlin, 28. Juni 2017. Mäusekot, Käferbefall, Schimmel, Dreck: In mehreren Großbäckereien in Bayern herrschten über Jahre hinweg immer wieder teils ekelerregende Zustände. Das zeigen Kontrollberichte der bayerischen Lebensmittelbehörden, die die Verbraucherorganisation foodwatch heute in dem Report „Bayerisches Brot“ erstmals öffentlich gemacht hat. Die Behörden haben die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Zustände nicht informiert. foodwatch forderte alle Bundesländer auf, jeweils per Landesgesetz vorzuschreiben, dass ausnahmslos alle Lebensmittelkontrollergebnisse veröffentlicht werden müssen. Denn Bayern sei keineswegs ein Einzelfall, so foodwatch: Jedes Jahr wird in Deutschland jeder vierte kontrollierte Lebensmittelbetrieb beanstandet, vor allem wegen Hygieneverstößen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher erfahren jedoch nicht, welche Betriebe betroffen sind.

„Das Schweigen der Behörden ist der eigentliche Skandal, und der ist politisch offenbar gewollt“, sagte Johannes Heeg von foodwatch. Die Verbraucherorganisation forderte eine Neuausrichtung der Lebensmittelüberwachung in Deutschland: Die Behörden müssten dazu verpflichtet werden, ausnahmslos alle Ergebnisse der amtlichen Kontrollen zu veröffentlichen. Bisher

fehlt dazu die rechtliche Grundlage – wollen Beamte Informationen veröffentlichen, drohen daher Klagen der betroffenen Unternehmen. Union und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag zwar bereits 2013 versprochen, auf Bundesebene rechtliche Klarheit für eine bessere Verbraucherinformation zu schaffen. Dieses Versprechen wurde aber nicht eingelöst, kritisierte foodwatch. Solange der Bund nicht für Rechtssicherheit sorgt, könne aber jedes Bundesland mit einem eigenen Landesgesetz Transparenz vorschreiben. So könnten Fälle wie in Bayern in Zukunft verhindert werden. „Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht zu erfahren, wo alles sauber ist und wo Mäuse und Kakerlaken ein und aus gehen. Erst das schafft für Lebensmittelbetriebe einen Anreiz, sich jeden Tag an die Hygieneregeln zu halten, und sorgt für einen fairen Wettbewerb, in dem die sauberen Betriebe nicht länger die Dummen sind. Solange nicht alle Kontrollergebnisse öffentlich sind, muss die Frage gestellt werden: Von welchen Hygieneskandalen wissen die Behörden noch, ohne darüber zu informieren?“, sagte Johannes Heeg von foodwatch.

Die Ergebnisse von amtlichen Lebensmittelkontrollen werden bisher in aller Regel nicht veröffentlicht. foodwatch hatte jedoch über das sogenannte Verbraucherinformationsgesetz (VIG) bei den zuständigen Behörden die Herausgabe von Kontrollergebnissen bei acht der größten bayerischen Bäckerei-Unternehmen beantragt. VIG-Verfahren sind langwierig, kompliziert und können hohe Gebühren nach sich ziehen. Letztlich erhielt foodwatch so jedoch Informationen zu 69 Kontrollen aus den Jahren 2013 bis 2016 bei den Unternehmen Bachmeier, Der Beck, Heinz, Hiestand, Höflinger, Hopfisterei, Ihle und LSG. Die Ergebnisse dokumentiert der Report „Bayerisches Brot“, den foodwatch heute in München vorstellte: Bei manchen Kontrollen war alles in Ordnung, in anderen Fällen stießen die Kontrolleurinnen und Kontrolleure auf ekelerregende Fälle. Nur kleinere Beanstandungen gab es bei der Hopfisterei und LSG. Besonders unhygienische Zustände hingegen dokumentierten die Beamten bei Kontrollen in den

Produktionsbetrieben von Bachmeier, Ihle und Der Beck. Die Beamten fanden Schimmel, verdreckte Geräte, Mäusekot und Käferbefall, außerdem mehrfach Fremdkörper in Backwaren. Besonders problematisch aus Sicht von foodwatch: Die Behörden beanstandeten regelmäßig und immer wieder Hygieneverstöße. Ihnen gelang es offensichtlich jedoch nicht, die Verstöße zu verhindern – auch weil die Öffentlichkeit nicht informiert wurde.

Anders ist die Situation in Dänemark. Das Land ist aus Sicht von foodwatch Vorbild für eine Reform der Lebensmittelüberwachung. Dort sind Lebensmittelbetriebe seit 15 Jahren verpflichtet, die Kontrollergebnisse an der Eingangstür auszuhängen. Die Prüfberichte sind zudem im Internet abrufbar. Zusammengefasst und bewertet wird das Ergebnis mithilfe eines Smileys. Seit Einführung des „Smiley-Systems“ hat sich die Quote der beanstandeten Betriebe halbiert, von 30 auf 15 Prozent (Deutschland rund 25 Prozent). Inzwischen haben weitere Länder, unter anderem Frankreich und Großbritannien, ähnliche Systeme eingeführt. In Deutschland hatte kürzlich Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland überhaupt ein Transparenzgesetz beschlossen – die neue schwarz-gelbe Landesregierung will das Vorhaben wieder stoppen.

Link:

– E-Mail-Aktion zur Einführung des Smiley-Systems:
www.foodwatch.de/smiley-aktion

Quellen und weiterführende Informationen:

- foodwatch-Report „Bayerisches Brot“:
www.report-bayern.foodwatch.de
- Alle Kontrollberichte zu den acht Bäckereien (Download):
www.tinyurl.com/yaeymoox
- Hintergrundpapier: „Argumente gegen mehr Transparenz – und warum diese nicht stichhaltig sind“:
www.tinyurl.com/yc7yqd5v
- Mehr Informationen zum dänischen Smiley-System:

www.foodwatch.org/de/informieren/smiley-system/mehr-zum-thema/vorbild-daenemark/

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Minga de los Muertos: Trauermarsch für Münchens Abgas-Tote

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017

Terminhinweis

München, 22. Juni 2017

500 Menschen sterben jährlich in München vorzeitig an den gesundheitlichen Folgen von verkehrsbedingter Luftverschmutzung. Um der Opfer zu gedenken, veranstaltet das „Bündnis für saubere Luft in München“ am Donnerstag, 29. Juni, ab 18:00 Uhr einen Trauermarsch vom Wittelsbacherplatz zum Stachus. Mit der Demonstration möchte das Bündnis die Münchner Stadtpolitik an den Pranger stellen, die bislang keine wirksamen Luftreinhalte-Maßnahmen ergriffen hat. Ganz im Stile des mexikanischen Totentages „Dia De Los Muertos“ kann Jede/r feierlich morbide gekleidet und geschminkt teilnehmen.

Den Termin des Trauermarsches wählte das „Bündnis für saubere Luft in München“ bewusst: Am gleichen Tag ist die Regierung von Oberbayern verpflichtet, ein vollständiges Verzeichnis

aller Straßen in München zu veröffentlichen, an denen Stickstoffdioxid-Emissionen einen von der EU vorgeschriebenen Grenzwert überschreiten. Mehr Informationen gibt es auf www.greencity.de.

Termin: Donnerstag, 29. Juni, 18:00 bis 19:45 Uhr

Veranstalter: Bündnis für saubere Luft in München

Treffpunkt: Wittelsbacher Platz

Ansprechpartner: christian.grundmann@greencity.de, (089) 890 668 -323

Hochaufgelöste Pressefotos können Sie hier kostenlos herunterladen:

<http://bit.ly/2sTdunh>

Pressekontakt

Judith Fahrentholz

(089) 890 668-313

presse@greencity.de

Für mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft – 25 Jahre UnternehmensGrün

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017

Pressemitteilung: 25 Jahre UnternehmensGrün

Seit der Gründung am 19.6.1992 setzt sich UnternehmensGrün für verantwortungsvolles Wirtschaften

ein. Ob wahre Preise, nachhaltige Agrar- und Ernährungswirtschaft, erneuerbare Energien oder Ausbildung für Green Jobs: Die ökologisch-soziale Wende ist

Programm.

„Wir haben viel geschafft und wollen noch mehr erreichen“ erklärt Gottfried Härle, Gründungsmitglied und Vorstand von UnternehmensGrün, dem Bundesverband der grünen Wirtschaft, zum heutigen 25-jährigen Bestehen des Verbandes. UnternehmensGrün wurde 1992 in Stuttgart ins Leben gerufen und engagiert sich heute von Berlin aus im Namen seiner über 220 Mitgliedsunternehmen für eine ambitionierte Umwelt- und Wirtschaftspolitik jenseits der engen Branchenzuschreibungen.

„Unsere Mitglieder zeigen in ihren Unternehmen, dass Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch sein müssen. Wir legen überall dort den Finger in die Wunde, wo die politischen Rahmenbedingungen ein nachhaltiges Wirtschaften nicht zulassen“, so Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, über die Aufgaben des Verbandes. „Praxisrelevante Forderungen aus der unternehmerischen Wirklichkeit sind das, was den Verband ausmacht – und diese Funktion ist im politischen System von heute immer noch genauso wichtig wie im Gründungsjahr.“

In seiner 25-jährigen Geschichte hat UnternehmensGrün aktiv die Ausgestaltung richtungsweisender Regelungen wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die ökologische Steuerreform, Erleichterungen für Selbständige oder die Agrotechniknovelle begleitet. UnternehmensGrün nimmt regelmäßig zu den Vorhaben der Regierung Stellung. Darüber hinaus sorgt der Verband mit seinen Positionen, Studien und Befragungen für eine ökologisch-soziale Folgenabschätzung von

politischen Entscheidungen – etwa zur Agrarreform, dem Greening der Arbeitswelt (Berufliche Bildung) oder den sektorspezifischen Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf kleine und mittlere Unternehmen.

„Die Fortsetzung der Energiewende im Mobilitäts- und Wärmebereich, eine gerechte Globalisierung sowie die Agrarwende und wahre Preise, diese Themen zählen heute zu den Schwerpunkten unserer Arbeit. Deutschland kann und muss hier weltweit Vorreiter sein“, so Reuter.

Aus Anlass des Gründungsjubiläums findet am 23. November 2017 der Kongress „25 Jahre UnternehmensGrün – Nachhaltigkeit Weiterdenken“ in Berlin statt. In der Landesvertretung Baden-Württemberg wird Muhterem Aras, UnternehmensGrün-Vorständin und Präsidentin des Landtages Baden-Württemberg die Gäste begrüßen. Die Keynote hält der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Kontakt:

Dr. Katharina Reuter
reuter@unternehmensgruen.de

Pressekontakt:

Kai Weller
Agentur Ahnen&Enkel
030 39105133
weller@ahnenenkel.com

Münchner Radlnacht: Radeln auf autofreien Straßen

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017

Pressemitteilung

13/6/2017

Münchens schönste Straßen gehören am 24. Juni den Radlerinnen und Radlern!

Für diesen Abend lädt die Initiative Radlhauptstadt München mit der Radlnacht zum gemeinsamen Radeln auf autofreien Straßen ein. In diesem Jahr startet die Rundfahrt um 20:30 Uhr auf dem Königsplatz. Es lohnt sich jedoch, schon früher zur Radlnacht – präsentiert von der Stadt München und M-net – zu kommen: Bereits um 17:00 Uhr beginnt ein vielfältiges Programm mit Live-Musik und Gastronomie, außerdem werden die Gewinner des „We love Radl“-Streetcastings gekürt.

16.000 Radlfans haben im vergangenen Jahr die Chance genutzt – bei der Münchner Radlnacht sind sie durch die schönsten Straßen der Stadt gefahren. Nur für diesen einen Abend gehörten die Straßen den Radfahrern. Die Initiative Radlhauptstadt München möchte den Radlerinnen und Radlern dieses Gefühl noch einmal vermitteln und lädt am 24. Juni wieder zur Radlnacht ein – präsentiert von der Stadt München und M-net. Alle Mitradler sammeln sich ab 20:10 Uhr für den Start zur nächtlichen Radlrundfahrt auf dem Königsplatz. Dort gibt Schirmherr Oberbürgermeister Dieter Reiter um 20:30 Uhr den Startschuss und der Corso setzt sich in Bewegung. Vom Königsplatz fährt der Zug zunächst über Brienner- und Nymphenburger Straße bis zur Hackerbrücke. Von dort führt die Route weiter über den Bavariaring und die Theresienwiese, durch Implerstraße und vorbei am Flaucher bis zum Candidplatz. Über die Corneliusbrücke und die Prinzregentenstraße rollen die Radfahrer dann auf das Highlight der Route zu: den

Altstadtringtunnel. Über den Oskar-von-Miller-Ring und den Karolinenplatz geht es zurück zum Ausgangspunkt. Dabei legt der Corso rund 16 Kilometer in gemütlichem Tempo zurück. Im Anschluss laden die Veranstalter alle Teilnehmenden zum gemeinsamen Verweilen auf dem Königsplatz ein.

Und auch früher kommen lohnt sich! Bereits ab 17:00 Uhr sorgen die Band KLEYO und der Münchner Kneipenchor auf dem Königsplatz für gute Stimmung. Außerdem endet das Streetcasting „We love Radl“, das die Initiative Radlhauptstadt München anlässlich des Radljubiläums veranstaltet hat, mit der feierlichen Bekanntgabe der Gewinner. Sie haben es geschafft, dem Radl in einem Videoclip ihre Liebe am authentischsten zu erklären und überzeugten die Münchnerinnen und Münchner beim Online-Voting. Auch der Telekommunikationsdienstleister M-net engagiert sich wieder bei der Radlnacht und bietet einen kostenlosen Radlputz in der Fahrradwaschanlage an. M-net nimmt die „Blaue Stunde“ außerdem beim Wort und hat es sich zum Ziel gesetzt, München einzufärben: Die ersten 2.000 Radlerinnen und Radler erhalten ein blaues Speichenlicht, das während der Radlnacht leuchtet. Eine außergewöhnliche Stimmung ist garantiert.

Die Radlnacht ist zugleich Auftakt der STADTRADELN-Saison in München. Im Anschluss sollen drei Wochen lang so viele Kilometer wie möglich im nationalen Contest vom Klimabündnis e.V. gesammelt werden. Alle Münchnerinnen und Münchner können beim Wettbewerb mitmachen und so aktiv etwas Gutes für den Radverkehr, das Klima und die eigene Gesundheit tun. Als Radlhauptstadt München will die Isarmetropole in diesem Jahr den stärksten Mitbewerbern wie Dresden, Leipzig und Ingolstadt Konkurrenz machen und den Wettbewerb wieder mit einer sehr guten Top-Ten-Platzierung abschließen. Die kostenfreie Anmeldung erfolgt über www.stadtradeln.de/muenchen. Es warten tolle Preise.

Während des gesamten Veranstaltungszeitraums kommt es zu Verkehrseinschränkungen in der Innenstadt. Die Radlhauptstadt

München bittet insbesondere alle Autofahrer sowie Benutzer von Bus und Tram, sich rechtzeitig über örtliche Sperrungen zu informieren und am Veranstaltungstag in der Zeit von 20:00 bis 22:30 Uhr mit Beeinträchtigungen zu rechnen.

Wer Lust hat, die Münchner Radlnacht zu unterstützen, ist herzlich eingeladen, sich als ehrenamtlicher Streckenposten zu engagieren und damit zum Gelingen der Veranstaltung beizutragen. Interessierte melden sich bitte vorab beim Veranstalter Green City Projekt GmbH per Email an radlnacht@radlhauptstadt.de.

Weitere Informationen auf www.radlhauptstadt.de

Pressefotos

Kostenlos als Download unter <https://flic.kr/s/aHskCYX8zm>

Kontakt Presse

Sonja Kämmler

Telefon: (089) 890 668 -312

Telefax: (089) 890 668 -66

Email: presse@radlhauptstadt.de

foodwatch warnt vor Amazon-Spendenplattform „Smile“: Kunden werden in die Irre geführt, angebliche „Unterstützung“ kam bei

foodwatch nicht an

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017

Pressemitteilung

Berlin, 12. Juni 2017. Die Verbraucherorganisation foodwatch warnt vor der Spendenplattform „AmazonSmile“. Der Internethändler Amazon hat foodwatch in einer Liste zu unterstützender Organisationen geführt, obwohl foodwatch dem nie zugestimmt und sich für die Plattform auch nie registriert hatte. Dennoch zeigte Amazon Kundinnen und Kunden auf der Website und in E-Mails an, sie könnten foodwatch unterstützen oder hätten dies bereits getan. Die Verbraucherorganisation stellte klar, dass bei ihr kein Geld von Amazon ankomme und sie von Amazon auch keine Spenden annehmen würde. Erst nach einem Brief von foodwatch reagierte Amazon am vergangenen Freitagnachmittag und nahm die Verbraucherorganisation, wie gefordert, von der Liste. Bei zahlreichen anderen Organisationen ist weiterhin unklar, ob das Geld jemals dort ankommt.

„Amazon führt Menschen in die Irre, die eine gute Sache unterstützen wollen, und generiert Umsatz mit falschen Versprechen“, kritisierte Martin Rücker, Geschäftsführer von foodwatch Deutschland. In seinem Brief an Amazon-Deutschland-Chef Ralf Kleber von vergangenen Donnerstag forderte er eine grundlegende Überarbeitung des Smile-Programms sowie eine Klarstellung gegenüber den Kundinnen und Kunden, die der Handelskonzern glauben ließ, foodwatch oder andere nicht an der Spendenplattform beteiligte Organisationen unterstützt zu haben. Gelder von Amazon anzunehmen, kommt für foodwatch nicht in Frage, da der Internetkonzern auch mit Lebensmitteln handelt, dieses Geschäft in Deutschland derzeit sogar massiv ausbaut – Spenden von Amazon verstoßen aus Sicht von foodwatch daher gegen den Grundsatz der Unabhängigkeit.

Bei der neu geschaffenen Spendenplattform „AmazonSmile“ können

Kundinnen und Kunden ihre Bestellungen über eine eigene Website tätigen (smile.amazon.de). In einem ersten Schritt wählen sie dort eine Organisation aus, die sie unterstützen wollen. Bei jedem Einkauf über diese Seite will Amazon dann 0,5 Prozent des Einkaufspreises an die Organisation abführen – um eine Spende von 50 Euro zu erzielen, müssen Kunden also Bestellungen über 10.000 Euro getätigt haben. Dabei kommt das Spendengeld nicht von den Kundinnen und Kunden, sondern von Amazon. Auf der Seite können jedoch auch Organisationen ausgewählt werden, die sich gar nicht für AmazonSmile registriert haben. So wurde foodwatch von Amazon bis zum vergangenen Freitag in seiner Liste geführt, obwohl die Verbraucherorganisation dafür keine Zustimmung gegeben hatte und auch nicht hätte. Wer die Organisation auswählte, sah oben auf seiner AmazonSmile-Seite prominent den Hinweis „Unterstützt wird: foodwatch e.V.“. Es wurde also der Eindruck erweckt, als sei durch einen Einkauf tatsächlich die Arbeit von foodwatch gefördert worden. Nur versteckt im Kleingedruckten zum Smile-Programm erklärt Amazon, was mit dem Geld passiert, wenn sich eine Organisation nicht registriert. Die Bereitschaft abgeklärt hatte das Unternehmen nicht. „Wir standen im Vorfeld nicht einmal in Kontakt mit Amazon über die Frage, ob wir uns an der Plattform beteiligen wollen oder nicht“, so foodwatch-Deutschland-Geschäftsführer Martin Rücker.

In einem Brief vom 10. Mai 2017 hatte Amazon foodwatch dann aus heiterem Himmel mitgeteilt, dass bereits „Amazon-Kunden Ihre Organisation foodwatch e.V. auf smile.amazon.de ausgewählt haben und aufgrund der Einkäufe unserer Kunden auf smile.amazon.de ein Betrag in Höhe von 83,15 € für Ihre Organisation gutgeschrieben wurde.“ Entspricht dieser Betrag tatsächlich 0,5 Prozent des Einkaufswertes, so stünde ihm ein Umsatz von 16.630 Euro für Amazon gegenüber – ein Umsatz, der unter dem Eindruck entstanden ist, mit dem Geld könne foodwatch unterstützt werden.

foodwatch kritisierte, dass das Vorgehen von Amazon auch zum Schaden von Organisationen sei, die aus guten Gründen entschieden haben, kein Geld von Amazon annehmen zu wollen. Auf der „AmazonSmile“-Seite entstehe der falsche Eindruck, die Organisationen würden doch Spenden von Amazon akzeptieren. Gleichzeitig würden Menschen, die im Glauben sind, eine Organisation über Amazon bereits unterstützt zu haben, diese auf anderem Wege vielleicht nicht mehr unterstützen.

In dem Brief an Amazon-Chef Ralf Kleber forderte foodwatch Amazon auf, den unter dem irreführendem Eindruck, es könne foodwatch unterstützt werden, erzielten Umsatz an eine gemeinnützige Organisation (nicht jedoch an foodwatch) zu spenden.

Quellen und weiterführende Informationen:

- Darstellung der Abläufe auf der AmazonSmile-Plattform (Stand: Freitagvormittag, 09. Juni): tinyurl.com/ycqwhao6
- Brief von foodwatch an Amazon-Chef Ralf Kleber: tinyurl.com/ycjalc4h
- Brief von AmazonSmile an foodwatch: tinyurl.com/y8ubhu8n

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

US-Regierung bei Klimapolitik

isoliert G7 - Umweltministertreffen: Germanwatch begrüßt klares Bekenntnis von sechs Mitgliedern zur Umsetzung des Paris-Abkommens und für mehr Klimaschutz auch vor 2020

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Bonn/Berlin (12. Juni 2016). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßt die klimapolitischen Ergebnisse des heute in Bologna zu Ende gegangenen Treffens der G7-Umweltminister. „Das ist eine klare Botschaft an US-Präsident Trump und dessen Umweltminister Scott Pruitt: Das Paris-Abkommen wird nicht neu verhandelt. Es ist und bleibt das zentrale Instrument für internationale Klimakooperation. Der Versuch der US-Regierung, sich aus der Verantwortung für das Klima zu stehlen, wird nicht akzeptiert“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

Im Abschlussdokument erklären außer den USA alle sechs Umweltminister und die EU-Kommission, dass sie das Pariser Klimaabkommen rasch und vollständig umsetzen wollen. Sie betonen zudem die Notwendigkeit, bereits vor 2020 die Geschwindigkeit des Klimaschutzes zu erhöhen. Bals: „Wir werden die Bundesregierung, die das deutsche 2020-Klimaziel krachend zu verfehlen droht, an diesem Versprechen messen. Vor allem heißt das: Schon vor 2020 muss ein relevanter Teil der deutschen Kohlekraftwerke stillgelegt werden.“ Die „G6“-Länder

(außer USA) haben sich außerdem verpflichtet, bis 2025 aus ineffizienten fossilen Subventionen auszusteigen, deutlich vor 2020 ihre langfristigen Klimaschutzpläne für die Zeit bis 2050 vorzulegen sowie bis 2050 eine Energiewende weg von fossilen Brennstoffen und hin zu erneuerbaren Energien durchgeführt zu haben. Sie forderten zudem erstmals die öffentlichen Entwicklungsbanken auf, alle ihre Investitionen an den Vorgaben des Paris-Abkommens auszurichten und sie bekennen sich zur Verantwortung der Industrieländer, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Unterstützung von Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels in armen Ländern zu mobilisieren.

„Die italienische Präsidentschaft und die europäischen Partner haben es beim Klima geschafft, eine klare Position gegenüber Trumps Kurs der Selbstisolierung zu beziehen“, lobt Bals. „Trump und Pruitt kämpfen im Auftrag der fossilen Lobby gegen den zwingend erforderlichen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bis zur Mitte des Jahrhunderts. Diesem Versuch, Verantwortungslosigkeit zu organisieren, muss bei jedem internationalen Treffen klar widersprochen werden.“

Auch beim G20-Gipfel in knapp vier Wochen steht die Klimapolitik auf der Tagesordnung. Germanwatch sieht Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Verantwortung, beim Gipfel in Hamburg ein starkes Ergebnis zu organisieren. Das G7-Treffen sei ein ermutigendes Signal dafür, dass dies ohne Trump auch beim G20-Gipfel gelingen kann. Bals: „Die Herausforderung ist beim G20-Gipfel größer, da auch Länder wie Saudi-Arabien und Russland, die hauptsächlich von fossilen Energien leben, neben Donald Trump am Tisch sitzen. Umso wichtiger ist ein klares Signal, dass der Rest der Welt die Zeichen der Zeit erkannt hat. Glaubwürdig ist ein solches Signal aber nur, wenn es auch zu zügigem Handeln führt.“

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch

(Kontakt s.u.)

–
Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Breiter internationaler Appell an G20 minus USA: Paris jetzt erst recht umsetzen

geschrieben von Andreas | 5. Juli 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Großes Bündnis aus allen G20-Staaten – von Wirtschaft über Gewerkschaften bis zur Wissenschaft – erwartet beim Gipfel in Hamburg Fortschritte im Klimaschutz. Auch ohne die USA.

Berlin (13. Juni 2017). Als „extrem kurzsichtig und unverantwortlich“ bezeichnet ein großes internationales Bündnis aus den G20-Staaten von der Wirtschaft über die Zivilgesellschaft und Gewerkschaften bis zur Wissenschaft die

Entscheidung der Regierung Trump, aus dem Paris-Abkommen auszusteigen. „Wir erwarten ein klares Signal der verbliebenen G20-Staaten. 19 der 20 Mitglieder sollten auf dem kommenden Gipfel in Hamburg ein überzeugendes Zeichen setzen, dass sie das Paris-Abkommen umsetzen werden – mit oder ohne die USA“ heißt es in der Erklärung, die von den offiziellen Begleitprozessen der G20 (s. Hintergrund unten) gemeinsam veröffentlicht wurde.

Die Entscheidung Trumps ignoriere die reale Bedrohung durch den Klimawandel und vergebe gleichzeitig die Chancen, die sich aus einem internationalen Rahmen für eine nachhaltige Transformation ergeben. „Es ist klar, dass die Weltwirtschaft sich Richtung Erneuerbare Energien und Energie-Effizienz entwickelt. Wir brauchen jetzt ein klares Zeichen der führenden Volkswirtschaften, dass dies unanfechtbar die langfristige Richtung bleibt“, heißt es in der Erklärung weiter.

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch und Mitglied des C20-Steuerungs-Komitees, kommentiert: „Es ist faszinierend zu sehen, dass es nun möglich ist, auch mit Unternehmen und Gewerkschaften gemeinsam auf eine starke Umsetzung des Paris-Abkommens zu drängen. Für den Wahlkampf in Deutschland liegt nun die Frage auf dem Tisch: Wer geht mit Trump und der Kohle und wer mit der Zukunft?“

Hintergrund

Die Begleitprozesse (Engagement Groups) der G20 bestehen aus internationalen Organisationen aus allen G20-Ländern und darüber hinaus. Dabei vertreten Business 20 (B20) Wirtschaft und Unternehmen, Civil 20 (C20) die Zivilgesellschaft, Labour 20 (L20) die Gewerkschaften, Youth 20 (Y20) Kinder und Jugendliche, Women 20 (W20) Frauenorganisationen und Think 20 (T20) die Wissenschaft. Für Business 20, Civil 20 und Think 20 zeichnen die Vorsitzenden der jeweiligen Task Forces zu Klima, Energie- und Nachhaltigkeit die Erklärung. Diese wird auch von den Spitzen von L20, Y20, W20 sowie der neu gegründeten G20-Stiftungsplattform Foundation 20 (F20) unterstützt.

Die Erklärung finden Sie hier:

http://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/pdf/joint_statement-B20_C20_L20_T20_W20_F20.pdf

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org